

**Niederschrift  
über die 12. Sitzung des Finanzausschusses**

<b>Sitzung am :</b>	Donnerstag, den 08.10.2015
<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Zimmer 154 b

**Beginn:** 16:30 Uhr **Ende:** 17:57 Uhr

**Anwesenheit:**

**Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

**Bemerkungen**

**Stimmberechtigtes Mitglied**

Herr Thomas Fiedler  
Herr Christian Hermann  
Herr Klaus Jäger  
Herr Tobias Kämpf  
Frau Kerstin Knabe  
Herr Steffen Müller  
Frau Petra Rank  
Herr Wolf-Rüdiger Ruppin  
Frau Annekatrin Schicker

**Beratendes Mitglied**

Herr Michael Hochmuth  
Herr Frank Trtschka  
Herr Bert Walther  
Herr Gerd Zeune

**Abwesende:**

**Beratendes Mitglied**

Frau Sabrina Lux	unentschuldigt
Herr Hardy Neumann	unentschuldigt
Herr Wolfgang Stark	unentschuldigt
Herr Jochen Stüber	entschuldigt

### Mitglieder der Verwaltung

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Herr Zenner	Bürgermeister I	TOP 3.2
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Frau Schicker	FBL Bau und Umwelt	öffentlicher Teil
Herr Helbig	FBL Sicherheit u. Ordnung	TOP 3.1
Herr Armbruster	Eigenbetrieb GAV	öffentlicher Teil
Frau Lenz	FGL Gesamthaushalt	gesamte Sitzung
Frau Karas	FGL Abgaben/Steuern	TOP 3.3
Frau Spranger	Controlling	TOP 3.2 u. 3.3
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	

### weitere Sitzungsteilnehmer

<b>Name</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Herr Piontkowski (Vogtland-Anzeiger)	öffentlicher Teil
Frau Schott (Freie Presse)	öffentlicher Teil
Frau Wünsche	öffentlicher Teil
Frau Künzel (Seniorenbeirat)	

### **Tagesordnung:** **öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des Finanzausschusses am 10.09.2015
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 2. Information**  
Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2015  
**Drucksachennummer: 250/2015**
- 3. Vorberatung**
  - 3.1. Satzung über die Erhebung von Gebühren auf den Wochenmärkten und dem Weihnachtsmarkt in der Stadt Plauen (Wochenmarkt- und Weihnachtsmarktgebührensatzung)  
**Drucksachennummer: 239/2015**
  - 3.2. Haushaltsstrukturkonzept der Stadt Plauen  
- Anträge der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nrn. 71-15 / 72-15 und 73-15 dazu und  
Stellungnahmen der Verwaltung  
**Drucksachennummer: 228/2015**
  - 3.3. Hebesatzsatzung 2016  
**Drucksachennummer: 226/2015**
4. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

## 1. Eröffnung der Sitzung

Die 12. Sitzung des Finanzausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift werden Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., und Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, gebeten.

Oberbürgermeister Oberdorfer begrüßt Frau Annekatriin Schicker als neue Stadträtin zur ersten Sitzung im Finanzausschuss.

### 1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen bestätigt.

### 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des Finanzausschusses am 10.09.2015

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 11. Sitzung des Finanzausschusses vom 10.09.2015 fest.

### 1.3. Beantwortung von Anfragen

Keine offenen Anfragen.

## 2. Information

**Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2015**

*Drucksachenummer: 250/2015*

Keine Diskussion.

### Information:

**Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die gemäß der Anlage im Zeitraum vom 22.08.2015 bis 18.09.2015 für das Haushaltsjahr 2015 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis.**

## 3. Vorberatung

### 3.1. Satzung über die Erhebung von Gebühren auf den Wochenmärkten und dem Weihnachtsmarkt in der Stadt Plauen (Wochenmarkt- und Weihnachtsmarktgebührensatzung)

*Drucksachenummer: 239/2015*

Herr Helbig, FBL Sicherheit und Ordnung, erläutert die Vorlage. Er geht insbesondere auf die Neuerung bezüglich der Abstellung der Händlerfahrzeuge auf dem Markt und die Ermäßigung für neue Händler ein.

Er informiert, dass es im § 7 „In-Kraft-Treten“ eine kleine Änderung gibt, die dann mit einem entsprechenden Änderungsblatt im Stadtrat ausgereicht wird. Diese bezieht sich auf das Datum des In-Kraft-Tretens der Gebührensatzung, welches zum 01.01.2016 erfolgen soll.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt, wie die Veröffentlichung erfolgt, da das Mitteilungsblatt nicht mehr im bisherigen Rhythmus erscheint?

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass im Stadtrat beschlossen wurde, dass die elektronische Veröffentlichung ausreicht.

Herr Helbig ergänzt, dass das Mitteilungsblatt online abrufbar ist, aber die Händler natürlich zusätzlich informiert werden.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 239/2015 einstimmig zu.

### **Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren auf den Wochenmärkten und dem Weihnachtsmarkt in der Stadt Plauen (Wochenmarkt- und Weihnachtsmarktgebührensatzung) gemäß Anlage 1.**

**Abstimmungsergebnis: 10 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen**

## **3.2. Haushaltsstrukturkonzept der Stadt Plauen**

**- Anträge der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nrn. 71-15 / 72-15 und 73-15 dazu und Stellungnahmen der Verwaltung**

***Drucksachenummer: 228/2015***

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass zum heutigen Ausschuss ein drittes Änderungsblatt ausgereicht wurde.

Frau Lenz, FGL Finanzhaushalt, erläutert die Änderungsblätter. Sie informiert, dass die Änderungen im dritten Änderungsblatt insgesamt eine Reduzierung des Zuschusses an den Kulturbetrieb in Höhe von 100.122 EUR über den Zeitraum 2016-2019 ergeben.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, fragt, wie der aktuelle Bearbeitungsstand zu den von der CDU-Fraktion eingereichten Anträgen zum Organisationskonzept ist?

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass dies gestern sehr detailliert im Verwaltungsausschuss besprochen wurde und er darum bittet, sich in der Fraktion darüber zu beraten.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., zieht den Antrag Reg.-Nr. 72-15 unter der Maßgabe zurück, dass die Änderungen, wie im Änderungsblatt vom 29.09.2015 beschrieben, eingearbeitet sind (Zusammenführung Fachdirektorenstelle Bibliothek und Museum).

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, erklärt, dass Frau Endler vom Kulturraum in einem Gespräch mitgeteilt hat, dass die Zusammenführung von drei Positionen auf jeden Fall fördermittelschädlich wäre. Er ergänzt, dass derzeit sogar geprüft wird, ob die Zusammenlegung beider Fachdirektorenstellen fördermittelschädlich sein könnte; bisher sieht dies nicht so aus.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass es vor Fr. Dr. Kral zehn Jahre lang keinen Fachdirektor für das Museum gab und trotzdem eine Förderung über den Kulturraum erfolgt ist. Er kann sich aus diesem Grund nicht vorstellen, dass die Zusammenlegung von zwei Stellen fördermittelschädlich sein könnte.

Stadträtin Rank erläutert kurz die von der Fraktion DIE LINKE. eingebrachten Anträge.

Herr Zenner erläutert die Stellungnahme zum Antrag Reg.-Nr. 71-15 und erklärt, dass im Hort und im Kindergarten seit 2002 keine Gebührenerhöhung mehr durchgeführt wurde und zu bedenken ist, dass es sich um eine Drittelfinanzierung handelt. Er ergänzt, dass trotz der geplanten Erhöhung durch die jetzige Kostensteigerungen aufgrund der Betreuungsschlüsselreduzierung noch zusätzlich 400.000 EUR durch die Stadt finanziert werden müssen.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., äußert, dass es das Ziel ist, eine kostenlose Kinderbetreuung in ganz Deutschland zu erreichen und man sich deshalb nicht darauf ausruhen sollte, dass man niedrige Beiträge hat.

Stadtrat Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, merkt an, dass es ihn stört, wie teilweise mit tendenziösen Zahlen argumentiert wird, da es im Jahr 2014 z.B. im Krippenbereich eine fünf prozentige Erhöhung gegeben hat. Er äußert, dass dieses Thema beim Oberbürgermeister im Rahmen der Diskussion zum Doppelhaushalt nie eine Rolle gespielt hat und er nicht verstehen kann, wieso jetzt solche großen Erhöhungen geplant sind. Er entschuldigt sich im Namen seiner Fraktion, dass die Änderungsanträge noch nicht vorliegen und erklärt, dass sich am Dienstag noch eine inhaltliche Nachfrage zu den Zahlen ergeben hat.

**Er fragt, warum es bei der lfd. Nr. 43 (Anlage 1) bezüglich des Betriebskostenzuschusses (BKZ) zwischen den städtischen Kitas und den freien Träger zu solchen großen Unterschieden kommt? Er bittet in diesem Zusammenhang um die Zuarbeit der Berechnungsgrundlage für die Beträge und möchte wissen, warum der BKZ für die freien Träger in dieser enormen Höhe ansteigt, während die Erhöhung für die städtischen Kitas relativ konstant bleibt.**

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, fragt, wieso an dem Babygeld festgehalten werden soll, da die Bindung an die U-Untersuchungen weggefallen ist? Er schlägt vor, dass das Geld z.B. eher in die Jugendverbandsarbeit zu investieren.

Stadtrat Jäger erklärt, dass damit ein Signal an junge Eltern gesetzt werden soll.

Oberbürgermeister Oberdorfer äußert, dass es an Signalen sicher nicht fehlt und wenn ein besonderes Signal gewünscht wird, sicher nochmal darüber gesprochen werden kann, in welcher Form dies erfolgen könnte (z.B. Begrüßungsset).

**Der Antrag Reg.-Nr. 71-15 der Fraktion DIE LINKE. wird abgestimmt und mehrheitlich abgelehnt:**

**Abstimmungsergebnis: 2 JA-Stimmen; 6 NEIN-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen**

**Der Antrag Reg.-Nr. 73-15 der Fraktion DIE LINKE. wird abgestimmt und mehrheitlich abgelehnt:**

**Abstimmungsergebnis: 3 JA-Stimmen; 5 NEIN-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen**

**Der Antrag Reg.-Nr. 72-15 der Fraktion DIE LINKE. wird zurückgezogen.**

Die Mitglieder des Finanzausschusses lehnen den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 228/2015 ab.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt das Haushaltsstrukturkonzept (Maßnahmenliste gemäß Anlage 2) und beauftragt den Oberbürgermeister, die zur Umsetzung erforderlichen Schritte einzuleiten.**

**Abstimmungsergebnis: 1 JA-Stimme; 2 NEIN-Stimmen; 7 Stimmenthaltungen**

**3.3. Hebesatzsatzung 2016**  
***Drucksachenummer: 226/2015***

Frau Karas, FGL Abgaben und Steuern, erläutert die Vorlage.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative Plauen, fragt, ob es möglich ist die Grund- und die Gewerbesteuererhöhung getrennt abzustimmen? Sie erklärt, dass ihre Fraktion bei der Grundsteuererhöhung zustimmen könnte, aber mit der Gewerbesteuer nicht einverstanden ist. Sie bezieht sich auf eine Zuarbeit der IHK in der aufgeführt ist, dass es bei den insgesamt 2800 Gewerbesteuerzahlenden, nur acht Unternehmen gibt, die 250 und mehr Beschäftigte haben und der Großteil Unternehmen mit null bis sieben Beschäftigten sind. Sie merkt an, dass die Gewerbesteuererhöhung genau diese Gruppe trifft und hinzukommt, dass die Gewerbesteuer letztes Jahr auch schon um 10% erhöht wurde. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Lohnsteigerung um 3,5% im öffentlichen Dienst. Zudem bittet sie darum, den Gewerbetreibenden wenigstens etwas entgegenzukommen und den Hebesatz bei 430% festzusetzen.

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne-Fraktion, erklärt, dass die gezahlte Gewerbesteuer zu Dreiviertel der Zahlungssumme auf die private Einkommenssteuer des Unternehmers angerechnet wird. Er bittet darum, diese Anrechnung im Hinterkopf zu behalten und sie als Privilegierung in der Gewerbesteuer anzusehen, da somit eine Entlastung der Gewerbetreibenden stattgefunden hat.

Frau Karas bedankt sich für diese Information und möchte ergänzen, dass die Stadtverwaltung täglich von den kleinen Betrieben sogenannte „Nullbescheide“ für die Gewerbesteuer erhält, wo z.B. keinerlei Messbeträge festgestellt werden und auch Freibeträge (24.500 EUR/Jahr) eine Rolle spielen.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass von Stadträtin Knabe erwähnten 10% nicht korrekt sind. Er informiert, dass die Gewerbesteuererhöhung zu einem Mehraufkommen von ca. 800.000 EUR bei einem Basisansatz von 18 Mio. EUR führt. Er fügt hinzu, dass die Gewerbesteuer und die Grundsteuer nach dem Grundgesetz die wesentlichen Steuern für die kommunale Finanzierung sind. Er beschreibt, dass diese beiden Steuern leistungsabhängig zu dem sind, was in der jeweiligen Kommune geboten wird.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, findet es wichtig, in der Stadt gute Grundlagen zu legen (z.B. Investitionen in Gewerbegebiet Oberlosa), weil sich dann auch größere Unternehmen ansiedeln, die wiederum langfristig Arbeitsplätze für die Bürger sichern. Er empfindet die Erhöhung dieser Steuer viel wichtiger, als die einzelnen Debatten über andere Gebührenerhöhungen.

Er fragt, inwieweit die SPD zu der Aussage steht, auch als Sicherheit für die Unternehmen, dass es bis zum Ende der Wahlperiode keine weiteren Erhöhungen in der Gewerbe- oder Grundsteuer gibt.

Stadträtin Knabe merkt an, dass die Aussage von Frau Karas bezüglich der „Nullbescheide“ bedeutet, dass alle diese Unternehmen nicht einmal 24.000 EUR verdient haben. Sie fügt hinzu, dass man sich deshalb nicht über diese Unternehmen freuen sollte, die keine Gewerbesteuer zahlen müssen.

Sie fügt hinzu, dass die jetzige Erhöhung der Gewerbesteuer alleine vom Unternehmer gezahlt werden muss und nirgends gegengerechnet werden kann.

Oberbürgermeister Oberdorfer erwähnt, dass sich die FDP im Bundestag regelmäßig dagegen gewährt hat, dass die Freiberufler in die Gewerbesteuer einbezogen werden.

Stadtrat Christian Hermann, äußert, dass seine Fraktion die Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer als durchaus angemessen findet und informiert, dass seine Fraktion nicht ausschließen kann, bei Bedarf, auch noch höhere Erhöhungen vorzusehen.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass die Frage von Stadtrat Kämpf eigentlich an ihn gestellt werden müsste. Er erklärt, dass er immer versucht hat, für vergleichbare Städte mit der Gewerbesteuer niedriger zu liegen. Er bittet anzuerkennen, dass er sehr bemüht ist, eine Erhöhung nicht wiederholt vorzulegen. Er ergänzt, dass jedoch niemand eine Garantie geben kann. Er bittet ausdrücklich zu beachten, dass es ohne genehmigten Haushalt z.B. für Grundstücksankäufe und Erschließungsmaßnahmen keine Kreditgenehmigung gibt und diese somit nicht umgesetzt werden können.

Auf die anfänglich von Stadträtin Knabe gestellte Frage, der getrennten Abstimmung, antwortet er, dass dies natürlich möglich ist, da es eine Vorabstimmung ist. Er merkt an, dass wenn dies auch für die Stadtratssitzung gewünscht ist, ein Antrag (auch in der Sitzung) gestellt werden sollte.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 226/2015 unter Beachtung der getrennten Abstimmung zu Grund- und Gewerbesteuer mehrheitlich zu.

#### **Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt anliegende Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Realsteuern) in der Stadt Plauen 2016.**

#### **Grundsteuer:**

**Abstimmungsergebnis: 6 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen**

#### **Gewerbesteuer:**

**Abstimmungsergebnis: 5 JA-Stimmen; 1 NEIN-Stimme; 4 Stimmenthaltungen**

#### **4. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass derzeit mit dem Landratsamt über die bessere Erschließung mit schnellem Internet flächendeckend für die gesamte Stadt beraten wird. Er beschreibt, dass es ein Projekt gibt, bei dem Lose im Stadtgebietskern (mit anhängenden Ortsteilen), den Gewerbegebieten Oberlosa und Neuensalz, Oberjößnitz und Burgteich besser erschlossen werden sollen. Er erklärt, dass das Landratsamt für den gesamten Vogtlandkreis die Anträge stellen würde und jede Gemeinde mit dem Landratsamt einen Vertrag abschließt. Er fügt hinzu, dass ihm Frau Päßler mitgeteilt hat, dass es möglich ist 90% Fördermittel zu beantragen und das Projekt für die Stadt Plauen betreffend ca. 1,6 Mio. EUR betragen würde. Er erklärt, dass die Stadt Plauen demnach vor Ausschreibung ca. 170.000 EUR benötigt und er Wert drauf gelegt hat, dass Lose gebildet werden, die in mehrere Jahren vergeben werden können.

Er ergänzt, dass die Bereiche zwischen 2016 und 2018 erschlossen werden sollen und dies auf drei Jahre verteilt in den Haushalt eingestellt werden müsste. Er informiert, dass die Mittel derzeit noch nicht eingestellt sind und der Vertrag erst nach der Stadtratssitzung am 20.10.2015 unterschrieben wird, wenn mindestens die Konsolidierungs- und die Steuerfragen entschieden sind.

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer  
Oberbürgermeister

Petra Rank  
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Luise Krause  
Schriftführerin

Christian Hermann  
Stadtrat